

Die Informationen, die innerhalb von zwei Wochen zumindest ansatzweise an die Öffentlichkeit gelangten, haben es in sich: entgegen aller bisherigen Behauptungen haben die US-Streitkräfte Uranmunition in Deutschland nicht nur gelagert, sondern auch verschossen, und in mindestens sechs Fällen sind mit dieser Munition bestückte Panzer ausgebrannt. Und vorbei am Parlament hat auch die Bundeswehr seit Anfang der 70er Jahre kontinuierlich Forschungen und Versuche mit Uranmunition durchführen lassen und im Geheimen Pläne zur Produktion dieser heimtückischen Munition entwickelt. Es waren die Medien, die immer neue "Skandale" offenlegten, während das BMVg sich "widerwillig die Informationen (...) aus der Nase ziehen" ließ. (1) Im folgenden werden die bisherigen Enthüllungen zusammengetragen, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Denn weiterhin gibt es mehr offene Fragen und Widersprüche als eindeutige Antworten.

Uranmunition in Deutschland

Die toxischen Versuchungen der Bundeswehr

"Die Bundesregierung bestätigt, daß die Bundeswehr keine DU-Munition entwickelt, besitzt oder zu Übungszwecken einsetzt und daß die Entwicklung, Beschaffung oder Verwendung solcher Munition auch für die Zukunft auszuschließen ist." So erklärte das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) am 12. Juni 1995, damals noch unter Minister Volker Rühle, bezugnehmend auf schriftliche Fragen des SPD-Abgeordneten Georg Pfannenstern. Weiter heißt es dort, daß *"zu keiner Zeit die Absicht bestand oder besteht, DU-Munition in der Bundeswehr zu verwenden"*. *"Nach Erkenntnissen der Bundesregierung haben die in Deutschland stationierten US-Streitkräfte DU-Munition im Bestand. Ein Verschuß zu Übungszwecken ist in Deutschland mangels geeigneter Übungseinrichtungen nicht möglich und daher untersagt."* (2)

Am 9. Oktober 1997 erklärte das Auswärtige Amt erneut in Antwort auf schriftliche Fragen des obigen SPD-Abgeordneten: *"Die Bundeswehr verfügt nicht über DU-Munition. Die Verbündeten verwenden keine DU-Munition für Schießübungen in Deutschland. Demnach ist ein Risiko durch einen versehentlichen Verschuß von DU-Munition auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben."* (3) Soweit die Theorie.

(1) Peter Strutynski, Stolpert Scharping über die Uran-Geschosse? Der Verteidigungsminister informiert nur darüber, was zuvor die Zeitungen berichteten, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/DU-Geschosse/versuche.html

(2) Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Bernd Wilz vom 12.6.95, über: [www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-
msql/news/aktuelles/bw_get_n
ews.html?id=674](http://www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-
msql/news/aktuelles/bw_get_n
ews.html?id=674), Anlage 1

(3) Schreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer vom 9.10.97, über: www.bundeswehr.de/cgi-

bin/w3-msql/news/aktuelles/bw_get_news.html?id=674, Anlage 2

(4) *Junge Welt*, 10.1.01

(5) *Zit. nach: Frankfurter Rundschau (FR)*, 10.1.01; am selben Tag kündigte Scharping an, ermitteln zu lassen, welche Munition durch ausländische Streitkräfte in Deutschland verwendet wird. *Vgl.: Junge Welt*, 10.1.01

(6) *FR*, 11.1.01

(7) *ebd.*

(8) *FR*, 19.1.01; der Vorfall in Gollhofen ereignete sich am 20.9.88 während des NATO-Manövers "Reforger", als ein Panzer aufgrund einer undichten Benzinleitung Feuer fing. *Vgl.: Netzeitung*, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127319; *Der Spiegel* 4/01 (22.1.), S. 23

(9) *Vgl.: www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-msql/news/aktuelles/bw_get_news.html?id=684*; in Schweinfurt geriet am 28.2.85 ein Panzer aufgrund eines Kurzschlusses in Brand. Unklar ist in den genannten Aufstellungen, ob in Grafenwöhr ein,

Verseuchungen durch US-Streitkräfte

Noch am 9. Januar 2001 bestätigten auch die US-Streitkräfte, DU-Munition zwar in Deutschland zu lagern, diese aber hier nicht zu verwenden. (4) Wenig überzeugend fand das hingegen u.a. der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz: "Wer über diese Munition verfügt, der wird sie natürlich auch zu Übungszwecken heranziehen." (5)

In der Tat gab das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa (Heidelberg) wenig später Fälle zu, bei denen DU-Munition, angeblich aus Versehen, auf Truppenübungsplätzen in Deutschland verschossen bzw. durch einen Unfall verbrannt wurde. 1987 wurde demnach in Grafenwöhr (Oberpfalz/Bayern) "irrtümlich" Uranmunition verschossen, 1988 sei ein mit DU-Munition beladener Panzer ausgebrannt. (6) Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping berichtete ebenfalls am 10. Januar 2001 von einem weiteren Vorfall 1985 in Altenwalde bei Cuxhaven (Niedersachsen) - interessanterweise fand sich in den späteren Ausführungen nie wieder ein Hinweis auf diesen Vorfall. (7) Wiederum einige Tage später war dann von zwei Unfällen im September 1988 die Rede, bei denen in den Ortschaften Gollhofen (Mittelfranken, zwischen Rothenburg und Würzburg) und Oberaltertheim (Unterfranken, zwischen Würzburg und Tauber-Bischhofsheim) zwei mit DU-Munition bestückte Panzer der US-Streitkräfte bei einem Manöver ausbrannten. (8)

Am 19. Januar informierte Scharping schließlich den Bundestag von nunmehr neun Vorfällen zwischen 1981 und 1990, bei denen in drei Fällen DU-Munition von US-Streitkräften "irrtümlich" verschossen worden sei und in sechs Fällen mit DU-Munition bestückte US-Panzer ausgebrannt seien. Die Liste stammte aus dem Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa. Genannt wurden folgende Vorfälle: 1981 in Fulda (Hessen), 1982 in Lampertheim (Hessen, nördlich von Mannheim), 1985 in Garlstedt (Niedersachsen, nördlich von Bremen), 1985 in Schweinfurt (Unterfranken), 1986 in Grafenwöhr, 1988 in Grafenwöhr, Gollhofen und Oberaltertheim sowie 1990 in Wildflecken (Unterfranken, südöstlich von Fulda). (9)

Nach Angaben des "Spiegel" lag eine Liste dieser Vorfälle dem BMVg bereits seit August 1996 vor! (10) Daß das BMVg auch schon in den 80er Jahren über die Ereignisse informiert war, legt eine Äußerung des damaligen Leiters des Planungsstabes des Ministeriums, Hans Rühle, nahe, der Anfang Februar 2001 gegenüber der "Mitteldeutschen Zeitung" erklärte, damals "alles getan" zu haben, um Informationen über

Uranmunition der US-Streitkräfte in Deutschland "zu unterdrücken". Die Informierung der Öffentlichkeit "über tausend strahlende US-Panzer auf deutschen Straßen" hätte eine "politisch-psychologisch hoch gefährliche Situation" heraufbeschoren. (11)

Wenn auch mittlerweile zumindest neun "Einzelfälle" eingestanden worden sind, so werden auch weiterhin die genauen Umstände der Vorfälle, wie Datum, Ursache, Opfer sowie die Mengen des jeweils freigesetzten Urans geheimgehalten. Unklar bleibt auch, ob es in dem angegebenen Zeitraum (1981-1990) oder danach noch weitere Fälle gab, bei denen DU-Munition verschossen wurde, oder weitere Unfälle. Und schließlich stellt sich die Frage, wieviel Gefahr heute noch von der Uranmunition der US-Streitkräfte in Deutschland ausgeht. Zwar erklärte das US Headquarter in Heidelberg Mitte Januar, daß die US-Panzer in Deutschland heute nicht mehr mit Uranmunition bestückt seien, doch überprüfen kann dies wohl niemand. (12)

Am 18. Januar teilte das bayrische Umweltministerium mit, die genannten Orte auf eine mögliche radioaktive Ver-seuchung untersuchen zu lassen. (13) Zumindest in Gollhofen und Grafenwöhr wurde dabei keine erhöhte Strahlung festgestellt. (14) Daß diese Messungen wohl eher medial inszenierte Leerlaufhandlungen waren, macht der Umstand deutlich, daß bspw. in Grafenwöhr Messungen nur im Umfeld, also außerhalb des Militärareals vorgenommen wurden; für das Gelände selbst haben die US-Streitkräfte bislang keine Genehmigung erteilt. (15) Auch von Untersuchungen hinsichtlich einer möglichen toxischen Ver-seuchung war keine Rede.

Weitere Verdachtsfälle

Die Enthüllungen von Januar 2001 waren nicht die einzigen - nunmehr bestätigten - Hinweise darauf, daß die strahlenden und hochgiftigen Geschosse auch in Deutschland verwendet wurden. Bereits Jahre zuvor gab ein ehemaliger US-Soldat in einem Fernsehinterview an, daß auch auf den Militär-basen in Miesau (zwischen Kaiserslautern und Neunkirchen) und Baumholder bei Idar-Oberstein (beide Rheinland-Pfalz) Uranmunition getestet wurde. (16)

Mutmaßungen des Landratsamts Kelheim, daß DU-Munition zu Übungszwecken von Flugzeugen auch auf einen Bombenabwurfplatz bei Siegenburg (Niederbayern) abgeschossen wird, wies der Sprecher der US Air Force in Ramstein (Rheinland-Pfalz), Wolfgang Hofmann, am 10. Januar

zwei oder drei "Vorfälle" stattgefunden haben, denn eine Woche zuvor war von einem dortigen Vorfall in 1987 die Rede, nun wird ein Vorfall 1986 genannt "sowie ein bereits bekannter" in 1988. Vgl.: *Netzzeitung*, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127319
(10) *Der Spiegel* 4/01 (22.1.), S. 25
(11) *Zit. nach: FR*, 2.2.01

(12) *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 11.1.01; hingegen gehörte DU-Munition nach Aussage der Sprecherin des US-Hauptquartiers in Heidelberg, Elke Herberger, bis zum Ende des Kalten Krieges zur Standardbestückung der US-Panzer. Vgl.: *Netzzeitung*, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127319
(13) *FR*, 19.1.01
(14) *SZ*, 20./21.1.01
(15) *SZ*, 26.1.01

(16) Marion Küpker, *Abgereichertes Uran (DU=depleted uranium)*, das Agent Orange der 90-er Jahre, in: *atomwaffenfrei* 3/99 (September), S. 5

(17) *Netzeitung*, 10.1.01,
www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=126032

(18) *SZ*, 2.2.01

(19) *Der Spiegel* 3/01 (15.1.),
 S. 120

(20) *Berliner Zeitung*, 25.1.01

(21) Vgl.: Anlage 5 zu Frage 3
 der Kleinen Anfrage der PDS-
 Fraktion (BT-Drucksache
 14/4059), Antwort vom 1.12.00
 (BT-Drs. 14/4867); siehe auch
 Artikel in diesem Heft (S. 9ff.)

(22) *Die Welt*, 15.1.01

2001 zurück: bei Übungsflügen werde nur Munition mit einem Bleikern eingesetzt, da Uranmunition zu teuer (!) sei. (17) Eine wenig überzeugende Argumentation angesichts des Umstandes, daß die US-Streitkräfte DU fast kostenlos vom US-Energieministerium beziehen, so daß der Verdacht alles andere als entkräftet ist. Zudem ist bezeichnend, daß bei der Dementierung eines möglichen DU-Verschusses lediglich ein finanzielles Argument und kein gesundheitliches oder ökologisches angeführt wurde. Anfang Februar führte dann das Landesamt für Umweltschutz mit Genehmigung der US-Armee Messungen auf dem Übungsgelände durch; die Ergebnisse bleiben abzuwarten. (18)

Auch bei dem Absturz einer A-10 in Remscheid (NRW) am 8. Dezember 1988 wird vermutet, daß dabei freigesetztes DU die Absturzstelle verseuchte. Damals starben sieben Menschen, 50 wurden verletzt. In den Jahren danach erkrankten mehr als hundert Menschen aus der Nachbarschaft des Absturzortes wie auch Helfer des Technischen Hilfswerks an Hautentzündungen (Dermatitis), Nervenentzündungen und verschiedenen Arten von Krebs, ein Kind verstarb. Vermutungen, daß die A-10 Uranmunition an Bord hatte, dementiert das US-Militär jedoch beharrlich. (19) Im Auftrag des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums soll nun der Fall von einem unabhängigen Institut untersucht werden. (20)

Weitere Abstürze von A-10-Bombern ereigneten sich am 17. September 1981 bei Kaiseringen (bei Albstadt, Baden-Württemberg), am 23. März 1982 bei Herford (NRW), am 28. Juli 1983 zwischen Esterwegen (Niedersachsen) und Ahaus (NRW), am 10. August 1984 bei Wiesbaden (Hessen) und am 22. November 1999 auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Spangdahlem (nordöstlich von Trier, Rheinland-Pfalz). Ob die Maschinen zum Absturzzeitpunkt DU-Munition an Bord hatten, ist unklar. (21)

Uran-Altlasten auch in Ostdeutschland?

Daß nicht nur über Westdeutschland das toxische Schwert der Uranmunition hängt, sondern auch in der ehemaligen DDR die Gefahr durch DU virulent gewesen sein könnte, wird seit längerem vermutet. Wie die Zeitung "Die Welt" am 15. Januar 2001 berichtete, will sie "aus Bundeswehrkreisen" erfahren haben, daß auf dem Truppenübungsplatz Altmark (Colbitz-Letzlinger Heide, Sachsen-Anhalt) größere Reste von DU-Munition vermutet werden, die die damalige Sowjetarmee dort verschossen und nicht entsorgt haben soll. (22)

Das BMVg dementierte diese Meldung noch am selben Tag: *„Nach Aussagen ehem. NVA-Staboffiziere verfügte die NVA nicht über DU-Munition. Ebenso ist ein Verschuß von DU-Munition durch sowjetische Streitkräfte mit größter Wahrscheinlichkeit auszuschließen, da trotz intensiver Munitionsräumung auf dem TrübPI ALTMARK seit 1996 keine DU-Munition oder Teile davon gefunden wurden.“* (23)

Offen bleibt, ob das Gelände in Altmark nicht nur nach Munitionsresten abgesucht wurde, sondern auch der Boden und das Wasser auf mögliche radioaktive und chemotoxische Verseuchung untersucht wurden; also auch in diesem Falle kann eine DU-Kontamination nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Zudem ist eine Uranverseuchung auch für andere ehemalige militärische Liegenschaften der Sowjetarmee in Ostdeutschland ungeprüft keinesfalls auszuschließen. Denn mittlerweile ist bekannt, daß sowohl die Rote Armee als auch die NVA sehr wohl Uranmunition in ihren Beständen hatten, wie Verteidigungsminister Scharping am 24. Januar bestätigte (*siehe unten*).

(23) Telefax des BMVg vom 15. 1. 01, über: www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-msql/news/aktuelles/bw_get_news.htm?id=674, Anlage 3

Gefährliche Liebschaften der Bundeswehr

Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, habe die Bundeswehr Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auch selbst erwogen, *„solche panzerbrechende DU-Munition zu beschaffen. (...) Es hat damals eine Auseinandersetzung gegeben zwischen dem Führungsstab des Heeres, zwischen den Rüstern und den Strahlenschutzverantwortlichen im BMVg. Im Ergebnis ist dieser Streit vor dem Hintergrund des Umweltrisikos zu Gunsten der Strahlenschützer ausgegangen und deswegen hat die Bundeswehr die Munition nicht beschafft.“* (24) Eine interessante Aussage, bestätigt sie doch implizit, daß man schon damals von den Gefahren wußte und sich möglicherweise auch deswegen gegen diese Munition entschied.

(24) Interview im NDR 4 vom 16. Januar 2001, www.ndr4.de/interviews/200101162.html

Scheibchenweise und sehr lückenhaft kamen dann Einzelheiten über die langjährigen DU-Ambitionen der Bundeswehr ans Tageslicht, die über die von Gertz angedeuteten Gedankenspiele auf der Hardthöhe hinausgingen. Den Anfang machte die eidesstattliche Aussage eines ehemaligen Bundeswehr-Soldaten am 15. Januar 2001 gegenüber dem NDR, daß er 1980 auf dem Truppenübungsplatz Sennelager bei Paderborn (Nordrhein-Westfalen) während einer Schießübung etwa zehn Patronen uranhaltiger Munition mit der Bordmaschinenkanone (BMK) zu verschießen hatte, ohne jedoch über die Risiken informiert worden zu sein. (25)

(25) SZ, 17.1.01; in diesem Kontext wies der Naturschutzbund Deutschland darauf hin, daß in der Nähe des TÜP Sennelager die Zahl der Krebstoten seitdem stark gestiegen sei.

(26) Zit. nach: www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-msql/news/aktuelles/bw_get_news.htm?id=679; zugleich erklärte das BMVg am 16. Januar, daß man jedoch nicht ausschließen könne, daß DU-Munition zumindest getestet worden ist. Vgl.: SZ, 17.1.01

(27) SZ, 19.1.01; im Ergebnis hätte man sich dann für Wolfram entschieden.

(28) SZ, 22.1.01

(29) Focus 4/01 (22.1.), S.29

(30) SZ, 19.1.01

(31) Der Spiegel 4/01 (22.1.), S.25

(32) SZ, 20./21.1.01

(33) Zit. nach: Netzzeitung, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127319

Die Bundeswehr wies die Information als falsch zurück: *„In der Bundeswehr wurde und wird keine Munition aus abgereichertem Uran verwendet. Ein Verschuß solcher Munition auf dem Truppenübungsplatz Sennelager wird nach Recherchen im Führungsstab der Streitkräfte ausgeschlossen. (...) Wahrscheinlich ist aber, daß es sich dabei um eine 20 mm Treibspiegel-Munition mit einem Penetrator aus Wolfram-Schwermetall handelte.“* (26)

Kurz darauf, am 19. Januar 2001, berichtete dann die *„Süddeutsche Zeitung“*, daß von den Firmen Rheinmetall und Messerschmid-Bölkow-Blohm (MBB) in den 70er Jahren Versuche mit uranhaltiger Munition durchgeführt worden seien. Demnach habe Rheinmetall von Anfang der 70er Jahre bis 1978 im Auftrag des BMVg auf dem firmeneigenen Schießplatz in Unterlüb (Kreis Celle, Niedersachsen) verschiedene Versuche mit DU-Munition durchgeführt. Es habe *„einige Beschüsse im zweistelligen Bereich“* gegeben, so bestätigte Rheinmetall den Bericht der *„Süddeutschen“* bereits am 18. Januar. Die Tests, die *„unter freiem Himmel“* stattfanden, seien *„in Abstimmung mit den Behörden“* und den *„zuständigen Stellen des Bundes“*, wie dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, erfolgt. (27) Allein 1977 wurden dem Gewerbeaufsichtsamt 42 Abschüsse angezeigt; da die Menge des verwendeten Urans jedoch unter drei Kilogramm lag, bedurfte es keiner behördlichen Genehmigung. (28) Im Anschluß sei die Anlage *„saniert“* worden. (29)

Auch MBB sei an den Versuchen in den frühen siebziger Jahren beteiligt gewesen, so die *„Süddeutsche“* weiter. (30) Das Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen EADS (in der MBB 1990 aufging) erklärte am 19. Januar, daß auch auf dem Spreng- und Schießplatz von MBB in Schrobenhausen (Oberbayern) 17 Jahre lang, von 1979 bis 1996, DU-Munition getestet wurde. (31) Vor Jahren schon machte eine örtliche Bürgerinitiative in Schrobenhausen darauf aufmerksam, daß in der Gegend in den 80-er Jahren besonders viele Erkrankungen aufgetreten seien. (32) Die Genehmigungen für die Uranmunition-Tests erteilte das bayrische Landesamt für Umweltschutz für den Zeitraum von März 1979 bis April 1996; danach durften *„auf dem Firmengelände in geschlossenen Behältern Schieß- und Sprengversuche mit natürlichem oder abgereichertem Uran gemacht werden, in einem Gesamtumfang von maximal 20 Kilogramm“*. (33) Auftraggeber für die Experimente war das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz. (34)

Aus den Mitteilungen von EADS läßt sich schließen, daß

auch bereits vor März 1979 Versuche in Schrobenhausen stattgefunden haben. So erklärte der EADS-Sprecher Rainer Uhler, daß in den 70er Jahren *„eine auf wenige Tage beschränkte Versuchsreihe von Rheinmetall durchgeführt“* wurde. (35) Auch nach Aussagen von MBB-Mitarbeitern, die damals an den Tests beteiligt waren, seien in Schrobenhausen in den 70er Jahren von der Firma Rheinmetall Tests mit unanhaltiger Schiffsabwehrmunition unter freiem Himmel durchgeführt worden; die Materialien seien anschließend ordnungsgemäß entsorgt worden. (36) Unklar bleibt dabei, ob die Versuche vor März 1979 eine Genehmigung hatten und ob neben Rheinmetall auch andere Firmen Versuche durchführten. Ungeklärt ist auch, wieviele Versuche im Zeitraum von 1979 bis 1996 stattfanden. (37) Das BMVg geriet aufgrund der Enthüllungen in Erklärungsnotstand und erklärte erst, man wolle prüfen, ob die Firmen DU-Munition für die Bundeswehr getestet haben (38); kurz darauf bestätigte das Ministerium jedoch, daß es Ende der 70er Jahre eine Studie zu Uranmunition gegeben habe. (39) Zur Aufklärung steuerte das Haus Scharping jedoch bis heute nichts bei.

Am 24. Januar 2001 berichtete dann erneut die *„Süddeutsche Zeitung“*, daß das BMVg am 29. Oktober 1986 (unter dem damaligen Minister Manfred Wörner/CDU) eine Machbarkeitsstudie bei dem Rüstungsunternehmen Dynamit Nobel in Auftrag gegeben hatte, in der das Unternehmen die Modalitäten (Kosten, Umweltauflagen, Zeitrahmen etc.) und mögliche Probleme für den Bau einer Fertigungsanlage für Uranmunition untersuchen sollte. Dynamit Nobel hätte auf Dekontaminierungsprobleme und auf rechtliche Hürden (wie die damalige Atomgesetzgebung) aufmerksam gemacht, so ein Firmensprecher. (40) Die Studie veranschlagte die Kosten zur Errichtung der Anlage auf rund 20 Millionen DM. (41) Im April 1987 hätte sich das BMVg gegen den Bau einer solchen Anlage entschieden, da man fürchtete, daß die Produktion von Uranmunition *„angesichts des politischen Umfelds nicht durchzusetzen“* sei. (42) Auch in diesem Falle gab sich das BMVg unwissend; die Aktenlage werde geprüft. Klar ist zumindest, daß das Parlament nie informiert wurde.

Am 29. Januar 2001 berichtete nunmehr *„Der Spiegel“*, daß die Bundeswehr noch in den 90er Jahren Forschungen zu Uranmunition durchführen ließ, 1991 unter Minister Gerhard Stoltenberg etwa, als ein deutsch-französisches Forschungsinstitut in Saint-Louis gemeinsam mit den US-Streitkräften Studien über das *„Durchschlagverhalten“* von DU-Geschossen erstellte oder 1993 unter Minister Volker

(34) *ebd.*

(35) *zit. nach: Netzeitung, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127319*

(36) *SZ, 20./21.1.01*

(37) Interessant ist eine Erklärung des Munitionsherstellers Diehl (Nürnberg), der am 19.1.01 versicherte, keine DU-Munition entwickelt, produziert oder verschossen zu haben: *„Das war schlicht verboten“*, so die Begründung des Unternehmenssprechers. *Zit. nach: Netzeitung, 19.1.01, www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=127217*

(38) *FR, 18.1.01*

(39) *FR, 20.1.01*

(40) *SZ, 24.1.01*

(41) *Vgl.: www.bundeswehr.de/cgi-bin/w3-mysql/news/aktuelles/bw_get_news.html?id=691*

(42) *Zit. nach: SZ, 25.1.01*

(43) *Der Spiegel 5/01 (29.1.)*, S.33: nach unbestätigten Informationen der Federation of American Scientists (FAS) soll in Deutschland DU-Munition des Kalibers 120-mm für Leopard II-Panzer produziert wer-

den oder produziert worden sein. Wie die Bundesregierung in einer mündlichen Fragestunde des Bundestages am 9. November 2000 angab, lägen ihr darüber jedoch "keine Erkenntnisse" vor. *Siehe: Rundmail von Heidi Lippmann vom 9. 1.01, weitere Informationen bei: heidi.lippmann@bundestag.de*

Rühe, als das Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik Untersuchungen zur "Penetrator-Optimierung", u.a. auch mittels Uran-Legierungen durchführte. (43)

Im Strudel der Enthüllungen erklärte Verteidigungsminister Scharping am 24. Januar - entgegen aller bisherigen Aussagen -, daß die Bundeswehr rund 1.500 uranhaltige Lenkflugkörper der sowjetischen Kampfflugzeuge vom Typ MIG 29 aus den Beständen der NVA und der Westgruppe der Roten Armee übernommen hatte und daß davon "möglicherweise" acht bis zehn dieser DU-Geschosse in den neunziger

Bekanntgewordene Fälle militärbedingter Uran-Kontaminationen in Deutschland

Datum	Ort	Grund der DU-Freisetzung	Verursacher	Eingeständnis
Anfang der 70er bis 1978	Unterlüß (NS)	Tasts auf firmeneigenen Schießplatz	Rheinmetall i.A. der Bundeswehr	Rheinmetall, 18. 1.01
Anfang der 70er bis 1996	Schrobenhausen (BY)	Tests auf Schießplatz von MBB	Rheinmetall i.A. der Bundeswehr	EADS, 19. 1.01
	Miesau (RP)	Verschuß auf TÜP	US-Streitkräfte	unbestätigte Aussage eines US-Soldaten
	Baumholder (RP)	Verschuß auf TÜP	US-Streitkräfte	unbestätigte Aussage eines US-Soldaten
1980	Sennelager (NRW)	Verschuß auf TÜP	Bundeswehr	unbestätigte Aussage eines BW-Soldaten
1981	Fulda (HS)		US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
17.9.1981	Kaiseringen (BW)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU möglich
1982	Lampertheim (HS)		US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
23.3.1982	Herford (NRW)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU möglich
28.7.1983	Estenwegen (NS)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU möglich
10.8.1984	Wiesbaden (HS)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU möglich
1985	Garlstedt (NS)		US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
28.2.1985	Schweinfurt (BY)	Panzer ausgebrannt	US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
1985	Altenwalde (NS)	Verschuß auf TÜP	US-Streitkräfte	BMVg, 10. 1.01
1986 u./o. 1987	Grafenwöhr (BY)	Verschuß auf TÜP	US-Streitkräfte	US Army, 10. 1.01, BMVg, 19. 1.01
1988	Grafenwöhr (BY)		US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
20.9.1988	Gollhofen (BY)	Panzer beim Manöver ausgebrannt	US-Streitkräfte	US Army, 10. 1.01, BMVg, 19. 1.01
September 1988	Oberaltertheim (BY)	Panzer beim Manöver ausgebrannt	US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
8. 12. 88	Remscheid (NRW)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU wahrscheinlich
1990	Wildflecken (BY)		US-Streitkräfte	BMVg, 19. 1.01
90er Jahre		Verschuß von DDR-Beständen	Bundeswehr	BMVg, 24. 1.01
22.11.1999	Spangdahlem (RP)	Absturz einer A-10	US-Streitkräfte	DU möglich

Erläuterung: BW=Baden-Württemberg, BY=Bayern, HS=Hessen, NRW=Nordrhein-Westfalen, NS=Niedersachsen, RP=Rheinland-Pfalz, TÜP=Truppenübungsplatz

Jahren verschossen wurden; 1.000 der Geschosse seien "entsorgt", die restlichen 500 durch Entfernung des Urankerns umgerüstet worden. (44) Auch darüber wurde das Parlament nicht informiert. Noch heute sind die genauen Umstände unklar, so bspw., was genau unter "Entsorgung" zu verstehen ist. Meint dies eine kontrollierte Vernichtung, eine ordnungsgemäße Endlagerung der Uranteile oder lediglich, daß der Rüstungsschrott irgendwo verbuddelt wurde?

(44) FR, 25.1.01

Ein erstes Fazit

Das Ausmaß der bisherigen Enthüllungen macht deutlich, wie wenig das Treiben des Militärs auch in sogenannten Demokratien einer parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Dreißig Jahre lang konnte die Bundeswehr an radioaktiver und chemotoxischer Munition experimentieren und damit Mensch und Umwelt nachhaltig gefährden, ohne daß der Verteidigungsausschuß des Parlaments oder gar die Bürger - die die Kriegsspiele der Waffennarren schließlich finanzieren müssen - informiert, geschweige denn gefragt wurden. Die Arroganz, mit der das Militär Informationen bis zum jetzigen Zeitpunkt zurückhält, veranschaulicht einen grundlegenden Fehler in der Definition der Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft. Es widerspricht jedweder demokratischen und rechtsstaatlichen Logik, daß das Militär die Fakten schafft, um deren Offenlegung Politik und Öffentlichkeit dann betreten müssen.

Wieviel auch weiterhin verheimlicht wird ist völlig unklar. Falls die Aussagen von Angelika Beer (Grüne) im Verteidigungsausschuß am 17. Januar 2001 stimmen, daß sich das BMVg noch 1995 für einen Verzicht auf Uranmunition entschieden hat (45), so hieße das, daß auch noch vor kurzem für das deutsche Militär die DU-Option bestand - und vielleicht auch weiter besteht - und das es wahrscheinlich ist, daß dann auch zumindest bis 1995 Versuche mit DU-Munition stattgefunden haben könnten. Nicht nur eine restlose Aufklärung der Vorfälle ist vonnöten, sondern eine wirkliche, d.h. unabhängige zivilgesellschaftliche Kontrolle des Militärs ■ krz

(45) Netzeitung, 17.1.01,
www.netzeitung.de/servlets/pa-
ge?section=784&item=126911